

An den
Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom AG
Herrn
Kai-Uwe Ricke
Friedrich-Ebert-Allee 140

53113 Bonn

Köln, 14.12.2005

Beschwerde wegen des Sozialtarifs der Deutschen Telekom

Sehr geehrter Herr Ricke,

wie Sie als Vorstandsvorsitzender wahrscheinlich wissen, haben Menschen, die von der GEZ-Gebühr befreit wurden, einen Anspruch auf den Sozialtarif der Telekom in Höhe von € 6,94 bis 8,72 monatlich.

Aufgrund einer langen Bearbeitungszeit der GEZ von mindestens 2-3 Monaten wird der Befreiungs-Bescheid entsprechend spät ausgestellt.

Nun reagiert die Telekom so, dass sie ohne diesen Bescheid keinen Sozialtarif gewährt und ihn rückwirkend nicht erstattet. Die Betroffenen haben aber einen Anspruch darauf!

Das bedeutet, dass jeder Antragsteller mindestens 2 Mal € 6,94 verliert bzw. darauf verzichten muss, die ihm zustehen! (In meinem Fall waren es sogar vier Monate, die mir verloren gingen.)

Wenn man nun die Summe mit der Anzahl der Antragsteller multipliziert, kommt eine enorme Gesamtsumme dabei heraus, die die Telekom für sich behält, obwohl sie anspruchsberechtigten BürgerInnen zusteht!

Das ist nicht nur ungerecht, das sind unlautere Geschäftsmethoden, derer sich die Telekom bedient! Sie bereichert sich auf Kosten Bedürftiger!

Mein Anliegen an Sie ist, dafür zu sorgen, dass die Telekom ab sofort Originalbescheide (ALG II, BaföG, Behindertenausweise) akzeptiert, bis die GEZ-Befreiung später vorgelegt wird, so dass der Sozialtarif am ersten Tag der Antragstellung bei der Telekom garantiert ist und rückwirkend an die Antragsteller gezahlt wird!

Ich danke, Sie verstehen die Sachlage und können sie nachvollziehen.

Mit der Bitte um Ihr Verständnis verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Verteiler:

offen